

Mitteldeutsche Zeitung

Mitteldeutschland - 17.07.2014

Landtag plant Umstrukturierung

Rechtsmedizin in Halle bleibt



Ein Sektionstisch in der Rechtsmedizin.
(BILD: DPA/SYMBOL)

Der Landtag will die Rechtsmedizin in Sachsen-Anhalt umstrukturieren. Der Standort in Magdeburg soll eine Außenstelle werden, während das Institut in Halle komplett erhalten bleibt.

MAGDEBURG/DPA. In Sachsen-Anhalt soll es künftig nur noch einen Rechtsmedizin-Standort geben, an dem alle Leistungen erbracht werden. Das beschloss der Landtag am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD. Die Abgeordneten folgten damit einer Entscheidung des Kabinetts, das somit das jährliche Defizit der Rechtsmedizin an den Standorten Magdeburg und Halle in Höhe von zusammen 1,1 Millionen Euro senken will.

Nach dem Regierungswillen soll das Institut in Halle als kompletter Standort erhalten bleiben, Magdeburg soll Außenstelle werden. Die Mitarbeiter dort sollen nur noch obduzieren und eine Gewaltopferambulanz betreiben. Damit wäre auch ein Stellenabbau verbunden. Forschung, Lehre und spezielle Dienstleistungen wie toxikologische Untersuchungen sollen ausschließlich in Halle angesiedelt sein.

Die Linke hatte sich mit einem Antrag gegen die Schließung eines Standortes der Rechtsmedizin eingesetzt, scheiterte in der Abstimmung aber an der Mehrheit von CDU und SPD.

Artikel URL: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/landtag-plant-umstrukturierung-rechtsmedizin-in-halle-bleibt,20641266,27870802.html>

Sonderseite:: <http://www.mz-web.de/service,20641364,22666612.html>

(Copyright © Mitteldeutsche Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des MDVH)